

Wem bin ich Nächster?

Aus der Bundestagswahl vor wenigen Wochen sind die Rechtspopulisten als die eigentlichen Gewinner hervorgegangen. Sie konnten ihr Wahlergebnis verdoppeln. Jeder fünfte Wähler hat sein Kreuz bei diesen Demokratieverächtern gemacht! Als Demokratinnen und Demokraten muss uns diese Entwicklung zutiefst beunruhigen.

Lange Zeit hat in unserer Gesellschaft die Idee getragen, dass es den eigenen Kindern einmal besser gehen wird als einem selbst. Dieses Aufstiegsversprechen ist ins Wanken gekommen. Obwohl es vielen Menschen gut geht und sie Arbeit, Wohnung und Auskommen haben, werden sie mehr und mehr von Abstiegsängsten geplagt. Solche Ängste sind verständlich, nehmen doch die persönlichen wie gemeinschaftlichen Kosten stetig zu, um die vielfachen Krisen und ihre Folgen zu bewältigen. Das macht für populistische Versprechungen verführbar.

Populisten nehmen Menschen aber keine Ängste, sondern schüren neue und machen sie sich zunutze – zum Beispiel gegen Migranten. Denn gegenüber dem Fremden ist der Mensch ambivalent. Er ist durchaus von Natur aus neugierig, auch kooperativ. Aber er ist eben auch misstrauisch. Beides ist in der Evolution angelegt, steht aber in einem gewissen Widerstreit. Und so schüren Populisten das Misstrauen und bringen bei jeder sozialen Herausforderung, wie etwa der Wohnungsknappheit, die Migranten ins Spiel.

In der sozialen Frage geht es eigentlich um einen Ausgleich vertikaler Unterschiede. Einen Ausgleich zwischen oben und unten, zwischen reich und arm. Indem Populisten die Wohnungsnot thematisch mit Rückführungen verknüpfen, kippt die soziale Frage in eine horizontale Unterscheidung zwischen denen drinnen und denen draußen. Zwischen denen, die dazugehören, und denen, die nicht dazugehören.

Damit zieht in die Politik ein familialer Gedanke ein, der da nicht hingehört. Denn zur Familie gehöre ich durch Verwandtschaft, die suche ich mir nicht aus. In der Familie geht es um Zugehörigkeit durch Gleichsein. Politik aber – so hat es die Philosophin Hannah Arendt formuliert – »handelt vom Zusammensein der Verschiedenen«. Der Familiengedanke in der Politik zerstört die Idee der Vielfalt und ist für Arendt geradezu die »Perversion des Politischen«.

Genau das aber machen die Populisten: Sie wollen nicht das Verschiedensein der Menschen zum Wohle aller organisieren, sondern die Anderen zugunsten der Eigenen ausgrenzen – und so von den Abstiegsängsten profitieren. Die Wahlergebnisse bestätigen dies: Es wächst genau jene Partei, die die gekippte Sozialität bedient und die Lösung sozialer Herausforderungen durch Ausgrenzung verspricht.

Hier sind wir als Christen aufgefordert dagegenzuhalten. Mit der Frage Jesu aus dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter: Wem erweise ich mich als Nächster? In dem Gleichnis gehen der Priester und der Levit an dem fremden Hilfebedürftigen vorbei. Denn er gehört nicht zu ihnen. Ihre Zuwendung gilt nur Zugehörigen. Ausgerechnet der Samariter, ein Fremder, ein »Anderer«, nimmt die Not wahr und hilft. Er unterscheidet die Menschen nicht in drinnen und draußen, in zugehörig und fremd. Und erweist sich dem Fremden als Nächster.

Dieses Gleichnis besagt: Nächstenliebe darf sich nicht auf die beschränken, die zu uns gehören. Denn die Frage heißt eben nicht: Wer ist mein Nächster? Sondern: Wem erweise ich mich als Nächster? Und da sagt Jesus: Auch dem Fremden sollen wir Nächster sein. Das ist das christliche Proprium. Als Christen sind wir deshalb gefordert, genau zu schauen, wem wir Nächster sind. Und daran auch in der politischen Debatte immer wieder daran zu erinnern.

Das tun wir Christen meines Erachtens zu wenig. Wir müssen in der Politik nicht mit allen kooperieren, aber wir müssen mit jedem reden – auch wenn es unangenehm ist. Wir müssen auch mit den Menschen ins Gespräch kommen, die das anders sehen, die schon versucht sind, in drinnen und draußen aufzuteilen und das nächste Mal eine populistische Partei zu wählen. Und die eben noch erreichbar sind. Das ist die große Aufgabe, die wir als Christen in der Gesellschaft haben.



Winfried Kretschmann

ist seit 2011 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und war bis 2021 Mitglied im Zentralrat der deutschen Katholiken und im Diözesanrat des Erzbistums Freiburg. Er studierte Naturwissenschaften an der Universität Hohenheim, war Gymnasiallehrer und ist Mitbegründer der Grünen in Baden-Württemberg.

www.stm.baden-wuerttemberg.de
